



Seminarankündigung

für das Sommersemester 2019

Jun.-Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M.

Dipl. Jur. Katharina Hubert

Seminar zum Steuerrecht

Jun.-Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M.

Interdisziplinäres Zentrum für
Internationales Finanz- und
Steuerwesen (IIFS)
– International Tax Institute –
Sedanstraße 19
D-20146 Hamburg

Tel. +49 (0)40 - 42838 -6250
Fax +49 (0)40 - 42838 -3393
lars.hummel@iifs.uni-hamburg.de
www.iifs.de
www.jura.uni-hamburg.de

Dipl. Jur. Katharina Hubert

Interdisziplinäres Zentrum für
Internationales Finanz- und
Steuerwesen (IIFS)
– International Tax Institute –
Sedanstraße 19
D-20146 Hamburg

Tel. +49 (0)40 - 42838 -6948
Fax +49 (0)40 - 42838 -3393
katharina.hubert@uni-hamburg.de
www.iifs.de

Das Seminar bietet ein Podium für die wissenschaftliche Aufbereitung und Diskussion sowohl aktueller als auch klassischer Fragestellungen aus dem Bereich des Finanz- und Steuerrechts. Im Rahmen des Seminars besteht die Möglichkeit, die schriftliche Examensleistung im Schwerpunktbereich IX zu erbringen.

Der mündliche Veranstaltungsteil findet als ganztägige Blockveranstaltung **voraussichtlich Anfang Juli 2019** (wohl in der 27. Kalenderwoche) statt. Der konkrete Termin und der Veranstaltungsort werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Die Seminararbeiten sind spätestens am **17. Juni 2019** bei der an zweiter Stelle genannten Veranstalterin in einer gedruckten und einer elektronischen Fassung einzureichen. Die Teilnehmerzahl ist auf 14 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer begrenzt. Eine Seminarvorbesprechung findet am **8. April 2019 um 17:45 Uhr s.t.** im Raum 317 des IIFS in der Sedanstraße 19 statt.

In der Seminarvorbesprechung wird zum einen der Ablauf des Seminars thematisiert werden (Erstellung der Seminararbeit, mündliche Präsentation, Diskussionsleitungen). Die Vorbesprechung dient zum anderen dazu, die Anforderungen an eine gelungene Seminar- bzw. Examensarbeit zu erörtern (Formalien, Literaturrecherche, Wissenschaftlichkeit).

Interessentinnen und Interessenten wenden sich bitte – gern auch schon im Vorfeld des vorgenannten Besprechungstermins und gern auch mit eigenen, auf nachstehender Übersicht nicht aufgeführten Themenvorschlägen – an die an zweiter Stelle genannte Veranstalterin.

Vorschläge für Seminarthemen

... aus dem Bereich Steuer- und Abgabenverfassungsrechts:

1. Verfassungsrechtsfragen der Ertragsbesteuerung von Familien.
2. Zur Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlages.
3. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Erbschaftsbesteuerung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – Darstellung und kritische Würdigung.

4. Verfassungsrechtliche Bedingungen für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer.
5. Zum Inhalt und zur Abgrenzung der verfassungsrechtlichen Begriffe der Verbrauch-, der Aufwand- und der Verkehrsteuer.
6. Zur Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungskompetenz kommunaler Steuern.
7. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit kommunaler Kulturförderabgaben (sog. Bettensteuern).
8. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer kommunalen Katzensteuer.
9. Die Dogmatik des allgemeinen Gleichheitssatzes im Sachbereich des Steuerrechts.
10. Die verfassungsrechtliche Rechtsfigur der Erdrosselungsabgabe.
11. Verfassungsrechtsfragen der Erhebung eines „Rundfunkbeitrages“.
12. Zur Existenz einer steuerlichen Belastungsobergrenze im Verfassungsrecht.
13. Zum Vorbehalt des Gesetzes bei Steuerverschonungen und -subventionen.
14. Billigkeitsentscheidungen im Steuerrecht als Verfassungsproblem.
15. Verfassungsrechtsfragen des Erlasses von Verwaltungsvorschriften im Steuerrecht.
16. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Finanzierung der staatlichen Wirtschaftsaufsicht durch die beaufsichtigten Wirtschaftsunternehmen.
17. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Ausgleichsabgabe für Stellplätze und Fahrradplätze gemäß § 49 der Hamburgischen Bauordnung.
18. Das Merkmal der gruppennützigen Verwendung in der Sonderabgaben-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

... aus dem Bereich des bundesstaatlichen Finanzausgleichs:

19. Zur Ertragskompetenz für die nichtsteuerlichen Abgaben.
20. Die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab dem 1. Januar 2020 – Darstellung und kritische Würdigung.
21. Zur Herausforderung der Verfassungsfunktionen durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.
22. Vergleichende Darstellung und kritische Würdigung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Länderfinanzausgleichs vor und nach dem 1. Januar 2020 (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG a.F. und Art. 107 Abs. 2 Satz 1 bis 4 GG n.F.).
23. Die Stellung der Gemeindeverbände in der bundesstaatlichen Finanzverfassung.
24. Verfassungsrechtsfragen der Kreisumlage.

... aus dem Bereich des Kredit- und des Haushaltsverfassungsrechts:

25. Kreditaufnahmemöglichkeiten der Länder vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse im Grundgesetz.
26. Unionsrechtliche Vorgaben für die Kreditaufnahme des Bundes und der Länder.
27. Das Haushaltsverfassungsrecht des Bundes.

... aus dem Bereich des unionalen Finanzrechts:

28. Die Finanzordnung der Europäischen Union.

... aus dem Bereich der Finanzverfassungsgeschichte:

29. Die Finanzordnung der Reichsverfassung von 1919 (Weimarer Reichsverfassung) – Überblick und Schwerpunkte.

30. Die Finanzordnung des Grundgesetzes vor der Finanzreform des Jahres 1969 – Überblick und Schwerpunkte.

... aus dem Bereich des Einkommensteuerrechts:

31. Die Zurechnung von Einkünften im Einkommensteuerrecht.
32. Die einkommensteuerrechtliche Behandlung sog. gemischter Aufwendungen.
33. Die Berücksichtigung von sog. Drittaufwand im Einkommensteuerrecht.
34. Die Berücksichtigung von Aus- und Fortbildungsaufwendungen im Einkommensteuerrecht.
35. Die einkommensteuerliche Behandlung von Stipendien.
36. Zur einkommensteuerlichen Behandlung von Betriebsveranstaltungen.
37. Die Beendigung mitunternehmerischer Betätigung – Erscheinungsformen und einkommensteuerliche Behandlung.
38. Entstehung, Fortbestand und Besteuerung stiller Reserven.
39. Die Besteuerung stiller Reserven ohne Realisationsakt.
40. Die Bilanzbündeltheorie – Herkunft, Technik und rechtspraktische Konsequenzen.
41. Einkommensteuerliche Beurteilung der Nutzung von Betriebsvermögen für private Zwecke und der Nutzung von Privatvermögen für betriebliche Zwecke.
42. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Einkommensteuerrecht.
43. Die stille Gesellschaft im Einkommensteuerrecht.

... aus anderen Bereichen des besonderen Steuerrechts:

44. Die Besteuerung von Dividendenerträgen im Körperschaft- und Gewerbesteuerrecht.
45. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Kapitalgesellschaften.
46. Juristische Personen des öffentlichen Rechts im Körperschaftsteuerrecht.
47. Juristische Personen des öffentlichen Rechts im Umsatzsteuerrecht – Systematische Darstellung und kritische Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des neuen § 2b UStG.
48. Die erbschaftsteuerliche Behandlung von Familienstiftungen und -vereinen – Kritische Analyse des geltenden Rechts.

... aus dem Bereich des internationalen Steuerrechts:

49. Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht – Zwecke und Wirkungen, Erscheinungsformen und deren Kennzeichen.
50. Die beschränkte Einkommensteuerpflicht – Zwecke und Wirkungen, Erscheinungsformen und deren Kennzeichen.
51. Die Besteuerung inländischer Einkünfte ausländischer Künstler und Sportler.
52. Die Behandlung finaler Verluste einer ausländischen Betriebsstätte im deutschen, europäischen und internationalen Steuerrecht.
53. Der Betriebsstättenbegriff im nationalen Recht (§ 12 AO) und im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen (Art. 5 OECD-MA)
54. Das Verhältnis zwischen dem nationalem Recht und dem Recht der Doppelbesteuerungsabkommen.
55. Zur Kennzeichnung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung.
56. Zur Kennzeichnung der Methoden zur Vermeidung doppelter Nichtbesteuerungen.
57. „Treaty shopping“ – Funktionsweise, rechtliche Bewältigung und kritische Würdigung.
58. Prinzipien der Anwendung und der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen.

59. Das Update 2017 des OECD-Musterabkommens – Darstellung der wesentlichen Änderungen und kritische Würdigung.

... aus dem Bereich des allgemeinen Steuerrechts und des finanzgerichtlichen Verfahrens:

60. Die Außenprüfung als besonderes Verfahren der Sachaufklärung im Steuerrecht – Bedeutung, Voraussetzungen und Folgen, Rechtsstellung des Steuerpflichtigen, aktuelle Entwicklungen.
61. Der öffentlich-rechtliche Vertrag als Handlungsform im Steuerverfahrensrecht – Zulässigkeit und Grenzen der Handlungsform, Anwendungsfälle sowie Rechtsdurchsetzung.
62. Aufhebung und Änderung unionsrechtswidriger Steuerbescheide – Rechtliche Bestandsaufnahme und kritische Würdigung.
63. Die Folgen der formellen oder materiellen Fehlerhaftigkeit von Steuerverwaltungsakten (§§ 124 ff. AO) – Dogmatik der Fehlerfolgen und deren Auswirkungen auf den Rechtsschutz der Betroffenen.
64. Steuergesetzliche Normen als Gegenstände der europäischen Beihilfekontrolle.

... aus dem Bereich der Steuerrechtsmethodik

65. Der Typusbegriff als Instrument steuerlicher Normgebung – Darstellung und kritische Würdigung insbesondere vor dem Hintergrund der Mitunternehmerschaft.
66. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als Rechtsanwendungsmethode im Steuerrecht.

... zum Recht der Kirchenfinanzierung, insbesondere zum Kirchensteuerrecht:

67. Die Kircheneinkommensteuer.
68. Das allgemeine Kirchgeld.
69. Das besondere Kirchgeld.
70. Das Zusammenwirken von Kirche und Staat bei der Erhebung von Kirchensteuern.
71. Die Institutionen des Kirchensteuerrechts im Spiegel seiner Entwicklungsgeschichte.
72. Staatsleistungen im Sinne von Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV.
73. Subventionen und sonstige Aufwendungen des Staates für kirchliche Belange.
74. Kirchliche Einnahmen ohne Staatsbeteiligung (sonstige kirchenhoheitliche Einnahmen, Einnahmen aus Spenden und Einnahmen aufgrund privatrechtlicher Positionen).
75. Grundrechtsschutz der Kirchenmitglieder gegen ihre Heranziehung zur Kirchenfinanzierung?
76. Möglichkeiten der Kirchenmitglieder zur Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes gegen ihre Heranziehung zur Kirchenfinanzierung.